

Presseinformation

GEW fordert: Junge Lehrkräfte unbefristet einstellen - gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit garantieren

„Die Situation für junge Lehrkräfte, einen sicheren und unbefristeten Arbeitsplatz an einer Schule in Rheinland-Pfalz zu erhalten, hat sich in den vergangenen sechs Monaten kaum verbessert“, zog der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Rheinland-Pfalz, Klaus-Peter Hammer, eine Bilanz für die erste Hälfte des Schuljahres 2013/2014. Die Landesregierung beschäftige nach wie vor „zu viele“ Lehrerinnen und Lehrer mit befristeten Vertretungsverträgen und stattete die Schulen nicht in dem notwendigen Umfang mit unbefristeten (Plan)stellen aus, wie es dem tatsächlichen Bedarf entspräche.

„Etliche mit solchen befristeten Vertretungsverträgen Beschäftigte erhalten zunehmend keine neuen Verträge angeboten und werden ohne Rücksicht auf ihre jeweilige persönliche Situation in die Arbeitslosigkeit entlassen, weil die Schulaufsicht befürchtet, sie sonst in Zukunft unbefristet beschäftigen zu müssen“, kritisierte Hammer. Betroffen seien solche Lehrerinnen und Lehrer, die bereits mehrere befristete Arbeitsverträge hintereinander erhalten hätten. „Wegen einer neuen Rechtsprechung, die eine Beschäftigung mit mehreren befristeten Verträgen nicht mehr endlos zulässt, zieht die ADD die Reißleine, statt sorgfältig abzuwägen, ob für diese pädagogische Arbeit nicht doch ein Dauerbedarf an den Schulen besteht“, bemängelte der GEW-Landesvorsitzende. „Wer drei, vier oder fünf Jahre schon im Schuldienst tätig war, wenn auch mit Fristverträgen, aber immer sein Bestes gegeben, sich hochmotiviert gezeigt und sich stets engagiert hat, um dann vor die Tür gesetzt zu werden, versteht dieses Arbeitgeberverhalten zu Recht nicht mehr!“

Schuld hieran seien die politischen Entscheidungen der Landesregierung, LehrerInnen-Stellen einzusparen. Dies verhindere eine Vollversorgung mit unbefristeten Stellen nebst einer Vertretungsreserve an den Schulen. Die GEW kritisiert vor allem, dass diese „Politik der Unterversorgung“ auf dem Rücken dieser betroffenen jungen Lehrerinnen und Lehrer und deren Familien ausgetragen werde, die eine klare Zukunftsperspektive brauchten.

- 2 -

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter:
<http://www.gew-rlp.de>

„Für das Land gäbe es jetzt gute Gründe, diesbezüglich ein Zeichen zu setzen und nicht nur in kleinen Schritten, sondern radikal bei der Beschäftigungspolitik für die Schulen umzuschwenken. Die Schulen benötigen mehr Lehrkräfte, die auf Planstellen beschäftigt werden. Vertretungsverträge dienen nicht dem „Stopfen von Löchern“, die durch strukturelle Unterversorgung entstehen, sondern bestenfalls der Versorgung bei akuten Ausfällen“, meinte Hammer.

Die ungleiche Bezahlung von Lehrkräften, die an der Realschule plus und an den Integrierten Gesamtschulen trotz gleicher Arbeit unterschiedlich bezahlt werden, weil sie für unterschiedliche Lehrämter ausgebildet worden sind, ist Hammer „ein Dorn im Auge“. „Das muss ein Ende haben! Wir haben die Landesregierung seit Jahren mehrfach aufgefordert, diesen Lehrkräften eine Zulage zu zahlen, wenn sie schon unter Hinweis auf das unflexible Beamten- und Besoldungsrecht der Meinung ist, bei unterschiedlichen Laufbahnen nicht gleiches Geld zahlen zu dürfen. Was in Ländern wie dem Saarland oder Baden-Württemberg funktioniert, nämlich eine Ausgleichszulage zu gewähren, muss doch auch in Rheinland-Pfalz möglich sein“, meinte der GEW-Landesvorsitzende. „Oder stellt sich die Gerechtigkeitsfrage bei uns anders als in den beiden Nachbarländern?“, fragte Hammer.

Mainz, 31. Januar 2014